

## **Arbeitslosigkeit - Wege aus der Misere**

Vortrag von  
**Dr. Hermann Kues (MdB)**  
im Rahmen der Vollversammlung des  
Katholikenrates, am 6. November 1998,  
im Ludwig-Windthorst-Haus, Lingen

### **Vorwort**

Im Rahmen seiner diesjährigen Herbstvollversammlung hat der Katholikenrat des Bistums Osnabrück eine öffentliche Diskussionsveranstaltung durchgeführt zum Thema „Arbeitslosigkeit - Wege aus der Misere“. Hauptredner war Dr. Hermann Kues (MdB), Sprecher für gesellschaftliche Grundfragen im ZdK. Er bezieht sich in seinem Vortrag auf eine Erklärung des ZdK, die am 20. November 1998 verabschiedet wurde und überschrieben ist „Beschäftigung schaffen ist sozial. Neue Beschäftigungsinitiativen für Langzeitarbeitslose“. Angesichts der vielbeschworenen „Option für die Armen“ wird durch diese Erklärung und vor allem auch durch den Vortrag von Dr. Kues deutlich, daß die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine zentrale Herausforderung darstellt, auf die auch die Kirche mit konkreten Vorschlägen und Diskussionsbeiträgen reagieren muß. Ich bin dankbar, daß Herr Dr. Kues sein Referat in der Reihe „Kirche im Gespräch“ zur Veröffentlichung freigibt, denn es ist nicht nur eine gute Lesehilfe für die angesprochene ZdK-Erklärung, sondern ein wichtiger Beitrag zur Diskussion dieser Thematik in unserem Bistum. An der im Anschluß an das Referat stattgefundenen Podiumsdiskussion nahmen außer Herrn Dr. Kues Herr Oberkreisdirektor Bröring (LK Emsland), Herr Dr. Herrmann (IHK Osnabrück-Emsland), Frau Ketteler (Arbeitsamt Bremen), Generalvikar Paul (Bistum Osnabrück) und Frau Ziegert (DGB) teil.

Die Veranstaltung fand statt in Kooperation zwischen dem Katholikenrat und dem Ludwig-Windthorst-Haus.

Prof. Dr. Heinrich Jacob  
Seelsorgeamtsleiter

## **Arbeitslosigkeit - Wege aus der Misere**

Eine nachhaltige Reduzierung der massiven Arbeitslosigkeit ist eine der dringendsten Aufgaben in unserer Gesellschaft.

In diesem Punkte sind wir uns vermutlich schnell einig. Das Ziel „Reduzierung der Arbeitslosigkeit“ ist sehr allgemein beschrieben. Und da kann man sich schnell verständigen.

Schwierig wird es, wenn wir unsere Absichten präzisieren sollen. Auf was wollen wir eigentlich hinaus? Das Artikulieren von Betroffenheit, so ehrenwert wie es gemeint ist, genügt nicht. Damit allein wird kein Arbeitsplatz gerettet oder geschaffen, kein Arbeitsloser von der Straße geholt.

Unsere Aufgabe als Christen muß es vielmehr sein, die Sorgen der betroffenen Menschen ernst zu nehmen, Hoffnung auf Besserung ihrer Situation rational zu begründen, realistisch Vorschläge zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu unterbreiten und Erfolgversprechen der Beiträge von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anzumahnen.

Es geht darum, Sachverhalte einsichtig zu machen und damit die Voraussetzungen für Korrekturen zu schaffen.

Wir sollten Vorschläge nicht nur daran messen, ob sie besonders tieferschürfend moralisch begründet werden in Verbindung mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die mensch-

lichen Entfaltungsmöglichkeiten, sondern insbesondere auch daran, ob sie in der Sache und für die Personen etwas bewegen.

Im „gemeinsamen Wort“ der Evangelischen und Katholischen Kirche in Deutschland (Ziffer 2) heißt es: „Tiefe Risse gehen durch unser Land: vor allem der von der Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Riß, ...“

An anderer Stelle (Ziffer 112) ist die Rede davon, daß soziale Gerechtigkeit sich darin ausdrücke, daß „alle Glieder der Gesellschaft an der Gestaltung von gerechten Beziehungen und Verhältnissen teilhaben und in der Lage sind, ihren eigenen Gemeinwohlbeitrag zu leisten.“ ... „(Gerechtigkeit) zielt auf den Abbau von strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen.“

Gerechtigkeit („Gerechtigkeitslücke“) ist also nach christlichem Verständnis mehr als Verteilungsgerechtigkeit, Gerechtigkeit ist auch Leistungsgerechtigkeit, ist auch Beteiligungsgerechtigkeit.

Hier liegt ein Kerngedanke unseres Konzeptes: Es kommt darauf an - hier bezogen auf den Arbeitsmarkt - allen, je nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten, Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben, statt sich damit zu begnügen, Menschen ohne echte Teilhabe lediglich finanziell abzusichern. Oder anders ausgedrückt: Es ist ein typisches Phänomen der Wohlstandsgesellschaft, Menschen lediglich Geld zu zahlen, sich ansonsten aber nicht um sie zu kümmern. Deshalb muß die

Verwirklichung von Beteiligungsgerechtigkeit oberste Priorität haben. Wenn wir mehr Beteiligungsgerechtigkeit wollen, können wir nicht weiter jener Reformen ausweichen, die nötig sind, um Verkrustungen aufzubrechen und Partikularinteressen zum Wohl der Gesamtgesellschaft zurückzustellen: Allen, die in Erwerbsprozessen integriert sind, dürfen die „draußen“ nicht gleichgültig sein.

Dieses bedeutet auch, daß sich ethisch schwierige Interessenabwägungen nicht vermeiden lassen, z. B. zwischen Einkommenshöhe und der Möglichkeit überhaupt, Erwerbsarbeit zu behalten und zu bekommen, hinsichtlich des Grades der Mobilität oder des Ausmaßes der Lohnspreizung, die sich eine Gesellschaft mit dem Ziel von „mehr Beschäftigung“ zumuten will.

Es ist für uns unstrittig, daß vorrangig die volkswirtschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, für Investitionen und Innovationen verbessert werden müssen, und zwar unter anderem durch eine Steuer- und Abgabenreform, die diesen Namen verdient, ebenso wie durch eine Rückführung des Ausmaßes staatlicher Regelungen, verbunden mit einer Einschränkung der Eigeninitiative.

Bei den Arbeitslosen muß man unterscheiden zwischen denen, die zwischen ein und drei Monaten arbeitslos sind, denen, die zwischen vier und zwölf Monaten arbeitslos sind und denen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind, den sogenannten Langzeitarbeitslosen. Unser Papier nimmt insbesondere die Langzeit-

arbeitslosen in den Blick, an denen auch eine Trendwende am Arbeitsmarkt vorbeizugehen droht und mahnt nachdrücklich neue Initiativen zur Verbesserung der Teilhabechancen dieser Bevölkerungsgruppe an. Und mahnt nachdrücklich neue Initiativen zur Verbesserung der Teilhabechancen der Bevölkerungsgruppe an.

Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, also besonders häufig länger als ein Jahr lang erwerbslos, sind vor allem Menschen aus folgenden Gruppen:

- Jugendliche, die ohne schulischen Abschluß geblieben sind;
- jugendliche Ausländerinnen und Ausländer, Aussiedlerinnen und Aussiedler ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse;
- Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung;
- Personen mit persönlichen oder sozialen Handicaps (Alkohol, Drogen, Verschuldung, Straffälligkeit, Wohnungslosigkeit, familiäre Konflikte);
- primär praktisch begabte Menschen, die den theoretischen Anforderungen einer Berufsausbildung nicht gewachsen sind;
- ältere erwerbsfähige Menschen, wenn sie einmal erwerbslos geworden sind;
- Frauen und Männer, die sich über längere Zeit den gesellschaftlich zentralen Aufgaben der Kindererziehung und/oder Pflichten von Angehörigen widmen, während die-

ser Phase auf Erwerbstätigkeit verzichten und deren berufliche Qualifikation bei einem späteren Wiedereinstiegswunsch nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspricht;

- Personen, deren Qualifikationen aufgrund wettbewerblicher Veränderungen entwertet wurden (z. B. Stahlarbeiter, Werftarbeiter, insbesondere in den neuen Bundesländern).

Angemahnt wird ein Paradigmenwechsel in der Einstellung zur Arbeit und zur Schaffung von Arbeit auf allen Handlungsebenen:

- Es ist Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, Rahmenbedingungen und Anreize so zu setzen, daß sie motivieren, gewinnbringende Arbeitsplätze zu schaffen bzw. Arbeit, die sich lohnt, anzunehmen. Dies gelingt freilich nur, wenn man den einzelnen zutraut und zumutet, das selbst zu leisten, was sie auch selbst leisten können;
- Eigeninitiative und Eigenanstrengungen haben bei der Schaffung bzw. Aufnahme von Arbeit Vorrang. Anspruch auf solidarische Hilfe haben alle, soweit sie in ihrer eigenen Leistungsfähigkeit überfordert sind;
- mehr als bisher müssen sich Unternehmer und Unternehmungen in die Pflicht nehmen lassen. Zum unternehmerischen Ethos gehört auch die Verantwortung für die Arbeitskräfte und für die Gewährleistung eines qualifizierten Nachwuchses;
- auch die Tarifvertragsparteien müssen bei ihren

Entscheidungen prüfen, welche Auswirkungen ihre Vereinsparung für diejenigen haben, die arbeitslos sind;

- auch die Kirchen haben eine Verantwortung als Arbeitgeber.

#### Konkrete Handlungsvorschläge

1. Der gesellschaftspolitische Sprengstoff der Jugendarbeitslosigkeit;
2. Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik;
3. Steuerreform;
4. Teilung von Arbeit;
5. Sektor einfacher Dienstleistungen;
6. Bedürftigkeitsorientierte Aufstockung von Niedriglöhnen durch staatliche Transferleistungen;
7. Verantwortung der Kirchen;
8. Arbeitsplatz Privathaushalt;
9. Zeitarbeitsmarkt mit einer Einschleusungsfunktion von Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt;
10. Vorrang der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt - maßgeschneiderte innovative Maßnahmen auf kommunaler Ebene;
11. Netzwerk aus geförderter Beschäftigung, Qualifizierung, ungeförderter Beschäftigung und begrenzten Zeiten der Arbeitslosigkeit für besonders benachteiligte Arbeitslose;
12. Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe müssen besser

- aufeinander abgestimmt werden;
13. Finanzlastenverteilung zwischen Bund (Arbeitslosenhilfe) Kommunen (Sozialhilfe) darf sich nicht verschieben;
  14. Eine Zusammenführung der beiden Systeme muß von einer Reform der Organisation begleitet werden.

Abschließende Bemerkung:

Die Gesellschaft darf sich nicht damit begnügen, Langzeitarbeitslose einkommensmäßig zu unterstützen. Um den notwendigen sozialen Ausgleich in der Marktwirtschaft angesichts der Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung langfristig finanzierbar zu halten und den Faktor Arbeit zu entlasten, muß auch die soziale Sicherung reformiert werden.

Dazu drei Anmerkungen:

1. Wir brauchen eine Diskussion über „große Risiken“ und „kleine Risiken“.
2. Wir müssen unerwünschte Verhaltensweisen wie Schwarzarbeit oder Scheinselbständigkeit vermeiden.
3. Wir leben in einem Sozialstaat der Widersprüche: Noch nie ist so viel Geld ausgegeben worden für soziale Leistungen einerseits, noch nie ist so intensiv die Rede gewesen von

sozialer Kälte usw. - moralische Dimension des Sparens im Hinblick auf die nachfolgende Generation - Langzeitverantwortung.

Wir müssen werben für ein Konzept, das auf Freiheit, das auf Eigenverantwortung aufbaut. Wenn man eine knappe, vielleicht überpointierte Zustandsbeschreibung der heutigen Situation des Staates geben sollte, würde diese lauten: Der Staat ist überfordert!

Das goldene Zeitalter des Sozialstaates neigt sich seinem Ende entgegen. Die Allzuständigkeit des Staates ist an ökonomische Grenzen geraten.

Die Individualisierung und der Bedeutungsverlust der Familie und der kleinen Gemeinschaften als Grundlage unserer Gesellschaft haben am Ende zu einer immer stärkeren Anonymisierung der Gesellschaft geführt. Die Väter der sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Franz Böhm und Ludwig Erhard haben die sozialen Komponenten der Marktwirtschaft entwickelt, um für den Fall der Bedürftigkeit und Not Sicherungssysteme anzubieten. Sie wollten eben keinen umfassenden, alles reglementierenden Betreuungsstaat. Die „Krake Staat“, die Menschen nährt, unabhängig von ihrem Leistungsvermögen, ist ziemlich das Gegenteil dessen, was soziale Marktwirtschaft bedeutet. Hilfe für die, die sie wirklich benötigen, heißt vielmehr ihr Credo.

Wir können uns unseren Sozialstaat ohne eine stärkere Beteiligung der Bürger nicht mehr leisten. Notwendig ist eine

ordnungspolitische Weichenstellung: Der Staat muß sich, und dies ist die vornehme Aufgabe der Politik, klar werden, welche Funktion er in Zukunft wahrnehmen soll und muß.

Nicht nur die Rolle des Staates und seine Aufgaben muß überdacht werden, sondern auch das Selbstverständnis der Bürger. Wichtig ist eine aktive Bürgergesellschaft. Was wir brauchen, ist eine Verantwortungsgesellschaft. In dieser übernimmt jeder einzelne wieder mehr Verantwortung für sich und die Gemeinschaft, die viele gern auf den Staat abgeschoben haben. Verantwortung an andere zu delegieren, bedeutet immer auch, sich selbst zu entmündigen und sei es um den eigenen Wohlstand zu mehren. Dies kann so in Zukunft nicht mehr funktionieren - nicht ideell und nicht materiell.

Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft sollten wir drei Dinge bedenken:

1. Wir brauchen eine Ethik des Gemeinsinns und eine Kultur des Bürgersinns.
2. Wir brauchen die Rückbesinnung auf die christlichen Werte, die die Ethik der Verantwortung für den Nächsten stärken.
3. Wir brauchen die Ergänzung der Grundrechte durch Grundpflichten, wenn die Gemeinschaft nicht auseinanderbrechen soll.

#### **In der Reihe "Kirche im Gespräch" sind bisher erschienen:**

- |        |   |
|--------|---|
| Nr. 01 | Die Rolle der Gewerkschaften heute<br><i>Prof. P. Dr. Edgar Nawroth, 1986</i>   |
| Nr. 02 | Wir brauchen mehr Arbeitsplätze -<br>Solidarität mit den Benachteiligten<br><i>Heinz Franke (Bundesanstalt für Arbeit), 1987</i>                                      |
| Nr. 03 | Niels Stensen - Forscher, Gelehrter, Bischof<br><i>Prof. Dr. Carl Schirren, Hamburg, 1988</i>   |
| Nr. 04 | Auf dem Weg zur echten Kirchengemeinschaft<br>- Denn sie sollen alle eins sein, wie wir eins sind - (Joh 17,22)<br><i>Prof. Dr. Heinrich Schütte, Köln/Bonn, 1988</i> |
| Nr. 05 | Zukunftsperspektiven unseres Landes<br><i>Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, 1988</i>  |
| Nr. 06 | Überlegungen zum Stellenwert und Verbindlichkeitsanspruch<br>des Rechts in Staat und Kirche<br><i>Prof. DDr. Helmuth Pree, 1989</i>                                   |
| Nr. 07 | Katholische Erwachsenenbildung zwischen öffentlichem Auftrag<br>und pastoraler Herausforderung<br><i>Prof. Dr. Heinrich Jacob, 1990</i>                               |
| Nr. 08 | Zumutungen Gottes in dieser geschichtlichen Stunde<br><i>Pater Georg Mühlenbrock SJ, 1990</i>   |
| Nr. 09 | Die etablierten Parteien in der Krise? -<br>Zur Glaubwürdigkeit von Politikern und Parteien<br><i>Josef Stock, MdL, 1990</i>  |
| Nr. 10 | Brücken in einer gespaltenen Gesellschaft<br>- 100 Jahre kath. Soziallehre -<br><i>Josef Stock, MdL, 1991</i>   |

- Nr. 11 Positionspapier der Kath. Familienbildungsstätte in der Osnabrück; *Dokumentation, 1991*
- Nr. 12 Verantwortung für die Armen  
*Wolfgang Gleixner, Hildesheim, 1991*
- Nr. 13 Diakonie im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Kirche  
*Prof. Dr. Karl Gabriel / Prof. Dr. Hermann Steinkamp, 1992*
- Nr. 14 Die Hälfte sein - ganz werden  
Frau und Mann in der Kirche  
*Prof. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, 1994*
- Nr. 15 Hat das Christentum in unserer Gesellschaft noch einen Kairos?  
*Pater Hermann-Josef Lauter OFM, 1995*
- Nr. 16 Zivildienst mit Perspektive  
*Prof. Dr. Volker Eid, Bamberg, 1994*
- Nr. 17 Eine Woche für das Leben - Sinn statt Sucht  
*Prof. Dr. Heinrich Jacob, 1995*
- Nr. 18 Erste Schritte in die Diözese  
*Bischof Dr. Franz-Josef Bode, 1995*
- Nr. 19 Frauen - kein Thema?  
Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Frauen in unserer Region  
*Beiträge zum Konsultationsprozeß über ein geplantes Sozialwort der Kirchen, 1995*
- Nr. 20 "Geschwisterlichkeit der Unähnlichen"  
Eine biblische Herausforderung für heute  
*Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, 1996*
- Nr. 21 Wenn nicht "nützlich" - dann nicht gefragt?  
Erwägungen zum Priestersein/Diakonsein als notwendigem Zeugnis von der "Schönheit Gottes"  
*Dr. Paul Deselaers, 1997*

- Nr. 22 Die Jagd nach den Genen  
Was wir dürfen und was wir nicht dürfen  
*Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, 1997*
- Nr. 23 Solidarität mit den Schwachen  
als Rechtsgrundlage im Alten Testament  
*Dr. Eleonore Reuter, 1997*
- Nr. 24 Wem wollt ihr glauben?  
Bischof Berning im Dritten Reich  
*Dr. Klemens-August Recker*